

# WASSER IST KEINE WARE

## – kein Ausverkauf der Stadtwerke

### Werden die Stadtwerke nun vollständig privatisiert?

Im Rathaus wird seit kurzem der Verkauf weiterer Anteile der Kieler Stadtwerke diskutiert. Die Versorgung mit Gas, Strom, Fernwärme und Trinkwasser würde dann zu 75,9% oder gar 100% aus der Hand der Kommune genommen.

Bereits 2001 hat die Stadt Kiel 51% der Stadtwerke an den texanischen Rentenfond TXU verkauft:

Leitungsnetze wurden vernachlässigt, Arbeitsplätze abgebaut, Überhangsgelände und werkseigene Wohnungen wurden versilbert. Schließlich verabschiedete sich der Investor in die Insolvenz.

Die Anteile von von TXU-Europe sind seit Mai 2004 im Besitz des börsennotierten Mannheimer Energiedienstleisters MVV-AG. Dieser versucht seitdem, auf dem internationalen Markt seine Konkurrenzbedingungen zu verbessern, um seine Gewinne zu maximieren. Infolgedessen werden mehr als 350 Arbeitsplätze bis zum Jahr 2010 abgebaut.

Die Abwasserentsorgung obliegt bisher einer Abteilung des Tiefbauamts. Um die wirtschaftlichen Effekte einer möglichen neuen Rechtsform zu prüfen, wurden bereits zwei Gutachten erstellt, das dritte ist in Arbeit. Auch hier droht die Privatisierung.

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind natürliche Monopole. Sie gehören den BürgerInnen und Bürgern und bilden den Kern der gemeinwirtschaftlichen und am Gemeinwohl orientierten Daseinsvorsorge.

### Wir lehnen jegliche Privatisierung der Abwasserversorgung ab und fordern die vollständige Rekommunalisierung der Stadtwerke:

- damit eine sichere Versorgung mit sauberem Trinkwasser, Strom, Gas und Fernwärme gewährleistet und für jeden bezahlbar bleibt
- damit private Investoren nicht aus Sch... Gold machen
- damit nicht weitere Arbeitsplätze vernichtet werden
- damit eine umweltgerechte Wasserwirtschaft gewährleistet werden kann
- damit die Mitbestimmungsrechte der lohnabhängig Beschäftigten im Betrieb gewahrt werden

### Jetzt alles privatisieren und was übrig bleibt schließen?

Die Zauberformel in Zeiten knapper Kassen lautet „Besinnung auf das Kerngeschäft“. Alle Unternehmen an denen die Stadt beteiligt ist, kommen auf den Prüfstand, um zu ermitteln, wo noch etwas zu holen ist. Aber die Kommune ist bereits weitgehend ausgeraubt. Vieles, was sich für Private lohnte, wurde ganz oder teilweise privatisiert: Wohnungen, Wasser, Energie, öffentliches Verkehrswesen – kurz all das, was Menschen brauchen um zu leben, befindet sich weitgehend in den Händen der Privaten.

Die Stadt wird trotz kurzfristiger Verkaufserlöse immer ärmer. Weitere Privatisierungsvorhaben werden mit der desolaten Haushaltslage von 350 Mio. Euro Schulden und einem Haushaltsdefizit von 111 Mio. Euro begründet, ohne sich Gedanken über die Ursachen der Verschuldung zu machen. Stattdessen wird ein rigider Sparkurs eingeschlagen (30%ige Kürzungen). Dienstleistungen für die Kieler Bürger und Bürgerinnen werden reduziert oder gänzlich gestrichen, Stellen im Öffentlichen Dienst abgebaut (1000 Arbeitsplätze bis 2010).

In Bereichen, wo das Interesse privater Investoren groß ist, sind Rechtsmodelle wie die GmbH oder Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) im Gespräch.

Diese ermöglichen der Stadt, Investoren „ins Boot zu holen“, fungieren somit als Sprungbrett zu weiterer Privatisierung. Gewinnmaximierung wird das bestimmende Element, mit den Folgen von Entlassungen, Lohnkürzungen, Gebührenerhöhungen, mangelnder Versorgungssicherheit und schlechterer Dienstleistungen.

Von einer Privatisierung bedroht sind neben der Stadtentwässerung die Bühnen der Stadt Kiel, die Berufsschulen, die Bäder, Abfallwirtschaftsbetrieb (ABK) und Müllverbrennungsanlage (MVK), die Straßenreinigung, die Kulturbetriebe wie z.B. Stadtteilbüchereien, Volkshochschule und Museen.

### Der Ausverkauf muss gestoppt werden!

Wenn der Ausverkauf der öffentlichen Dienstleistungen so fortgesetzt wird, fragen wir uns, was am Ende von der Stadt Kiel noch übrig bleibt. Die gewählten Mitglieder der Ratsversammlung sind von den Bürgerinnen und Bürgern beauftragt, die kommunale Daseinsvorsorge so zu verwalten, dass alle Menschen unabhängig vom Geldbeutel am öffentlichen Leben teilhaben können.

# VERDIENEN AN LEEREN KASSEN

## – geheime Verträge und garantierte Gewinne

### Gutachten gefällig?

Seit einigen Jahren hat sich eine neue Branche etabliert: Die Beraterindustrie. Sie ist ein Wirtschaftsfaktor geworden, der Juristen, Steuerberatern, Wirtschaftswissenschaftlern und Politikern gut dotierte Arbeitsplätze bietet. Nun wollen die Berater erkannt haben, dass sämtliche öffentliche Einrichtungen von Privaten viel rentabler betrieben werden können, als das bisher der Fall ist. Sie empfehlen sich mit ihrem Wissen und einflussreichen Klienten, die vor allem haben, was dem Staat fehlt: Geld! Das Mittel, dem „nackten Mann“ Staat in die Tasche zu fassen, nennen die Berater listig „öffentlich private Partnerschaft (ÖPP)“. Die Bezeichnung „ÖPP“ gaukelt aber vor, dass es eine Partnerschaft von öffentlichen und privaten Interessen gäbe. Privaten geht es aber immer nur um einen möglichst hohen Gewinn.

### Beschaffungsvariante ÖPP

Geldmangel hat der Staat bislang durch Kreditaufnahme bei Banken behoben. Da er ein sicherer Schuldner ist, bekommt er Kredite zu günstigsten Konditionen, zur Zeit um die 3,35 %.

Da Kreditaufnahmen sehr leicht im Haushalt nachzuweisen sind, versuchen Politiker diese zu vermeiden, indem sie sich von Beratern ÖPP Verträge aufschwätzen lassen – ein verdecktes Kreditgeschäft, das langfristige Schulden verschleiert!

Bei einem ÖPP-Vertrag wird dem Staat Geld angeeignet, das er teuer zurückzahlen muss. Gegenstand des Kreditgeschäftes ist die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben, deren profitabler Teil in verschiedenen komplizierten Verträgen (bis zu 17.000 Seiten) für bis zu 30 Jahre privatisiert wird.

### Dreißig-Jahres-Verträge nicht haltbar

Die grundsätzliche Kritik an diesen Modellen muss von der Erkenntnis ausgehen, dass hier nichts anderes als Planwirtschaft betrieben wird. Diesmal plant allerdings nicht der Staat, sondern die Privatwirtschaft.

Was die Interessen der Privatwirtschaft betrifft, steht diese auf der sicheren Seite: sie hat für 30 Jahre sichere Einkünfte und Gewinne! Das Geld, was die Stadt Kiel dann 30 Jahre lang an den „privaten Partner“ zahlen muss, ist festgeschrieben, die Politiker haben dann für andere Aufgaben kein Geld mehr.

Nach 30 Jahren kann dann ausgewertet werden, was das Ganze wirklich kostet. Die Politiker von CDU, SPD und Grünen, die diese Projekte heute abnicken, dürften dann längst das Zeitliche gesegnet haben oder im Ruhestand sein, die Berater bleiben ohnehin anonym. Die Folgen tragen wie immer wir, die Kieler „Bürgerinnen und Bürger“.

### Keine Kostenersparnis durch ÖPP

- Wo Kosten gesenkt werden, betrifft es die Löhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Mitarbeitenden, die durch private Firmen als Subunternehmer besser erpresst werden können.
- Eingesparte Kosten durch Stellenabbau trägt die Gesamtgesellschaft aus dem öffentlichen Topf der Arbeitslosen- und Sozialversicherung.
- Private müssen die Kredite erheblich teurer bezahlen. Die Kosten dafür werden auf die Gebühren umgelegt und von den BürgerInnen bezahlt.
- Zusatzausgaben für Generalunternehmer, Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Versicherungen, Vergabeverfahrenexperten für gemischtwirtschaftliche Gesellschaften sind Kosten, die vom Kaufpreis abgezogen, also von den BürgerInnen bezahlt werden.
- Die Kommune trägt immer die Verantwortung für die Daseinsvorsorge und somit auch das finanzielle Risiko.

### Attac-Kiel erklärt seinen Protest gegen diese teuren ÖPP-Kreditgeschäfte!

**Wir fordern eine solidarische Steuerreform und eine Gemeindefinanzreform die gewährleistet, dass Konzerne und Gutverdienende wieder umfassend Steuern zahlen!**

**Wir fordern von der Kieler Oberbürgermeisterin und von den Kieler Fraktionen, dass sie sich im Städtetag, bzw. in ihren Parteien dafür einsetzen.**



**Bündnis Kielwasser**  
Attac-AG zur  
Rekommunalisierung  
der Stadtwerke Kiel

[www.buendnis-kielwasser.de](http://www.buendnis-kielwasser.de)